

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 682

Mittwoch, 12. Juni 2019

26. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	1
Jüngste Umfragen.....	1
«Gerechtigkeit, Entwicklung und Sicherheit» -.....	2
Interview mit Carlos Barrios, URNG-Kandidat für Quetzaltenango.....	2
Benito Morales: “Die Wirtschaft muss demokratisiert werden”.....	3
Manfredo Marroquín: “Man muss die Regierung den Mafias entreissen”.....	5
US-Truppen in Guatemala zur Abwehr von MigrantInnen?.....	7
Guatemaltekische Regierung hat den Pass von Thelma Aldana ungültig gemacht.....	7

Editorial

Wie beim letzten Mal angekündigt, kommen diesmal die gekürzten Interviews mit dem Convergencia-Kandidaten Benito Morales und EG-Kandidat Manfredo Marroquín. Und am Anfang findet sich das Interview von Thorben Austen, unser Freund aus Xela, mit dem lokalen Kandidaten der URNG, Carlos Barrios. Damit sind die sechs Seiten gefüllt und um eine halbe für ein paar sonstige Nachrichten erweitert.

Bei der nächsten Ausgabe am 26. Juni wird der erste Wahlgang um sein. Wer im Kongress sitzen wird, wird dann hoffentlich feststehen - und wer in die Stichwahl der Präsidentschaftswahlen einzieht, auch.

Jüngste Umfragen

Beginnen wir mit den neusten Umfragen.

Ende Mai, Anfang Juni wurden zwei Umfragen veröffentlicht. Die erste ist von der costaricanischen OPAL.

- 1. Sandra Torres (UNE): 23,36 %, Bekanntheitsgrad: 92 %*
- 2. Alejandro Giammattei (VAMOS): 13,18 %, Bekanntheitsgrad: 63 %*
- 3. Roberto Arzú (PODEMOS-PAN): 10,77 %, Bekanntheitsgrad: 68 %*
- 4. Edmond Mulet (HUMANISTA): 8,63 %, Bekanntheitsgrad: 30 % und*
- 5. Thelma Cabrera (MLP): 3,22 %, Bekanntheitsgrad: 15 %*
- 6. Edwin Escobar (Bürgermeister von Villa Nueva; PC): 3,11 %, Bekanntheitsgrad: 35 %.*

Von den linken oder linksliberalen Parteien kommt Manuel Villacorte (WINAQ) auf 1,22 % (Bekanntheitsgrad: 6 %), Manfredo Marroquín (EG) auf 1,0 % (Bekanntheitsgrad: 6 %), Anibal Garcia (Libre) auf 0,54 % (Bekanntheitsgrad: 4 %), Pablo Ceto (URNG) und Benito Morales (Convergencia) auf je 0,50 % (Bekanntheitsgrad: je 4 %).

Zählt man die letztgenannten mit Cabrera zusammen, kommen linke und linksliberale Parteien also auf etwas über 7 %. 13,22 % wussten noch nicht, wen sie wählen sollen, und über 10 % sagten, sie würden einen leeren Stimmzettel abgeben (was ja - im Gegensatz zum Nicht-zur-Wahl-gehen eine bewusste Wahlentscheidung ist). Dieser Zwischenstand hat also viel mit der Bekanntheit zu tun. Alle übrigen KandidatInnen haben einen Bekanntheitsgrad von maximal 10 %.

GALLUP's Umfrageergebnis vom 29. Mai sieht sehr ähnlich aus:

Sandra Torres (UNE): 21%, Alejandro Giammattei (VAMOS): 12%, Roberto Arzú (PODEMOS-PAN): 9%; Edmond Mulet (HUMANISTA): 7%; Thelma Cabrera (MLP): 5%, Isaac Farchi (VIVA) und Edwin Escobar (PC): je 4%, Estuardo Galdámez (FCN): 3%, Julio Héctor Estrada (CREO), Fredy Cabrera (TODOS) und Amilcar Rivera (VICTORIA) je 2 %, Pablo Ceto (URNG), Pablo Duarte (UNIONISTA), Manuel Villacorta (WINAQ), Benito Morales (CONVERGENCIA), Manfredo Marroquín (EG), Danilo Roca (AVANZA), je 1 % und schliesslich Anibal Garcia (LIBRE), Luis Velásquez (UNIDOS) und José Luis Chea (PPT) je 0.3%. Das heisst, nach dieser Umfrage kommen die linken und linksliberalen ParteienvertreterInnen auf 9,3 %. Niemand haben 24 % genannt.

«Gerechtigkeit, Entwicklung und Sicherheit» -

Interview mit Carlos Barrios, URNG-Kandidat für Quetzaltenango

Quetzaltenango, Ende Mai – *Carlos Barrios ist Kandidat der URNG in Quetzaltenango. Thorben Austen sprach mit ihm. Diejenigen, die im letzten Heft das Interview mit dem URNG-Präsidentenskandidaten, Pablo Ceto, gelesen haben, werden durchaus vorhandene Unterschiede bei bestimmten Fragen feststellen (z.B. Megaprojekte).*

Fangen wir doch gleich mit diesem Thema an, warum tritt die Linke nicht geschlossen zur Wahl an?

Ja, das ist richtig. Jetzt kandidieren fünf linke Parteien mit jeweils eigenen KandidatInnen, neben der URNG, die Parteienbewegung für die Befreiung der Völker MLP, WINAQ, Convergencia und Libre (*Partei von Anibal García, der u.a. für Nineth's EG 2007, die Vereinigte Linke 2011 an der Seite von Rigoberta Menchu und eigenen Gruppierungen kandidierte, d.Red.*). Aber es gibt Kommunikation zwischen den Parteien, die ideologische Ausrichtung ist im Wesentlichen die gleiche, alle linken Parteien haben ihren Ursprung in der URNG, die am 4. Februar 1982 als Zusammenschluss von vier Guerillaorganisationen gegründet wurde, bis zum Friedensabkommen als bewaffnete Organisation, seit 1998 als politische Partei. (...) Aber letztlich gab es keine Einigung (...). Hier spielten persönliche Interessen eine Rolle, jede Organisation wollte ihre KandidatInnen an aussichtsreicher Stelle positionieren. Hier in Xela gab es ein Jahr lang Gespräche auf Departmentsebene, letztlich scheiterten sie an unterschiedlichen Positionen zur Person Thelma Aldana.

Was war Ihre Position?

Die URNG wollte Thelma Aldana unterstützen und bot ihr eine Kandidatur für die URNG an. Das hat sie abgelehnt.

Und die Gegenposition?

Eigentlich war es keine Gegenposition. Wir waren uns einig, dass Thelma Aldana keine linken Positionen vertritt. Da spricht zum Beispiel ihre Unterstützung für den selbsternannten "Übergangspräsidenten" in Venezuela (*Juan Guaidó, d.Red.*) eine klare Sprache. Auch ist sie die Vertreterin eines Teils, des moderneren Teils der Oligarchie, sie hätte Politik gemacht in deren Interesse. Aber sie hätte Reformen im Justizwesen angestrebt, ebenso wie eine weitere Zusammenarbeit mit der Anfang des Jahres von Präsident Jimmy Morales rausgeworfenen UN-Kommission gegen Straffreiheit (CICIG). Sie hätte es ernst gemeint mit der Korruptionsbekämpfung. Wenn jetzt z.B. der Kandidat von VAMOS (*Alejandro Giammattei, d.Red.*) davon profitiert, dass sie jetzt nach dem Beschluss des Verfassungsgerichts nicht mehr Kandidatin sein darf, dann wird er natürlich eine Politik zu Gunsten der Oligarchie und an der Seite der USA machen, genau wie Thelma Aldana auch, aber ohne deren positiven Aspekte. Der Streitpunkt war eher, ob es trotz dieser Differenzen richtig sein würde, sie wegen der positiven Aspekte zu unterstützen oder nicht. Hier konnten wir uns nicht einigen. Aber jetzt ist auch die Linke gefordert, die Lücke zu schliessen, die ihr Ausschluss von der Kandidatur hinterlassen hat. Da sehe ich durchaus Hoffnung und Spielräume.

Was sind die grössten Probleme zurzeit in Guatemala und was sind die Ziele der URNG generell und Ihre, sollten Sie in den Kongress kommen?

Die grössten Probleme im Lande sind extreme Ungleichheit, extreme Armut, Unsicherheit, Arbeitslosigkeit, mangelnder Zugang zu Bildung und Gesundheit, fehlende Infrastruktur und die Korruption. Die drei Kernpunkte der URNG sind Gerechtigkeit, Entwicklung und Sicherheit. Ich persönlich möchte z.B. eine Initiative im Kongress starten zur Unterstützung kleinbäuerlicher, familiärer Landwirtschaft. Die Regierung Guatemalas hat hierzu im letzten Jahr eine Initiative der UN mit unterschrieben, jetzt geht es darum, dafür auch finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Ein anderes Thema ist die Bildung: Abgesehen vom falschen Weg der Privatisierung, ist das Bildungssystem einfach nicht gut. Es besteht oft nur aus stumpfem auswendig lernen. Die Informationen zur Geschichte sind nicht objektiv und tendenziös. Zum Beispiel wird allen SchülerInnen lang und breit erzählt, dass der Anführer der Quiché, Tecun Uman, hier in der Nähe von Quetzaltenango in der entscheidenden Schlacht den Anführer der spanischen Eroberer nicht tötete, sondern sein Pferd. Damit wird suggeriert, dass Tecun Uman, stellvertretend für die Völker der Mayas, ein bisschen blöde sei (...). Des Weiteren wollen wir über verschiedene Gesetzesinitiativen die Lage der arbeitenden Bevölkerung verbessern. Ich persönlich will eine Initiative starten, die die Lage der Hausangestellten verbessert. Viele von ihnen bekommen einen Lohn deutlich unter dem Mindestlohn, haben keine geregelten Arbeitszeiten und sind nicht krankenversichert.

Wie ist die Position der URNG zu Bergbau- und Megaprojekten?

Die URNG lehnt alle Bergbau- und Megaprojekte ab, denn die negativen Folgen für die Zukunft sind überhaupt nicht zu verantworten. Wir stehen für eine Verteidigung der Territorien, Wasser, Wald etc. Es gibt zahlreiche Initiativen für den Respekt der Natur, diese werden wir im Kongress unterstützen. Es gibt viel Repression in diesem Zusammenhang, AktivistInnen werden ermordet oder mit konstruierten Vorwürfen ins Gefängnis gebracht.

Wer steckt hinter diesen Morden? Gibt es noch paramilitärische Strukturen aus den Zeiten des Bürgerkrieges?

Nicht direkt Paramilitärs, aber es gibt eine Allianz zwischen zum Beispiel im Bergbau tätigen Unternehmen, Militärs und der organisierten Kriminalität. Die Unternehmen geben die Morde in Auftrag und Strukturen der organisierten Kriminalität führen sie aus.

Benito Morales: "Die Wirtschaft muss demokratisiert werden"

Guatemala, 9. Mai – In der politischen Sendung „Ohne Filter“ von Prensa Libre und Guatevisión werden die verschiedenen PräsidentschaftskandidatInnen interviewt, darunter war auch am 9. Mai der Kandidat der linken Convergencia, Benito Morales. Er will die Wirtschaft demokratisieren, tritt für das Recht auf Abtreibung ein und will einen 10-Jahres-Entwicklungsplan aufstellen. Hier einige Antworten.

Warum wollen Sie Präsident werden?

Ich wurde in Quiché geboren und während meiner Kindheit musste ich mit meinen Eltern vor dem Krieg fliehen. Ich wuchs in der Hauptstadt auf. So erhielt ich die Möglichkeit, auf die Universität zu gehen und (...) wurde Anwalt und Notar. Ich hatte das Glück, einige Fälle von nationaler Bedeutung betreuen zu können, in denen es um die kollektiven Rechte der indigenen Bevölkerung ging. Der Grund, warum ich mich engagiere, ist, dass ich glaube, dass dieses Land sich nicht ändern kann, wenn nicht eine neue Generation mit einem tiefen Verständnis für die verschiedenen Realitäten mitarbeitet.

Warum kandidieren Sie für Convergencia?

(...) Ich habe nicht die Convergencia ausgewählt, sondern ich stamme als Gründer aus ihrer Mitte. (...)

Was ist politisch links an der Convergencia?

Demokratie in Guatemala ist dann eine Lüge, wenn sie davon ausgeht, dass sie nur Ausdruck eines Volkes ist, wenn sie nur die Interessen eines politischen und wirtschaftlichen Sektors verfolgt. Fundamental für die Convergencia ist, dass zu einer Demokratie gehört, dass alle vier Völker, die in diesem Land wohnen, an ihr teilhaben können. Wir müssen anfangen, die Grundlagen zu schaffen, die uns erlauben, miteinander in Dialog zu treten, uns zu treffen und nach Konsens zu suchen und so das Land aufzubauen, das wir wollen.

Wie wollen Sie mit jenen Sektoren umgehen, von denen Sie sagen, dass sie den Reichtum horten?

Am wichtigsten ist die Demokratisierung der Wirtschaft. Eine Wirtschaft kann nicht nachhaltig sein, wenn zwei Personen eine formale Arbeit haben, acht aber nur von informeller Arbeit leben. Wir müssen dieses Ungleichgewicht abbauen und uns auf kleinere und mittlere Betriebe konzentrieren. Wir müssen Marktperspektiven für die kreative Jugend entwickeln. Parallel müssen wir neue Bildungskonzepte diskutieren, denn das jetzige dient einzig der Unterdrückung der grossen Mehrheit der Leute.

Wie kann Reichtum demokratisiert werden? Wie wollen sie die Machtdynamiken verändern?

Dieses Land schafft Reichtum über Privilegien. Es ist nicht möglich, dass Unternehmen Reichtum ohne staatlichen Schutz schaffen, z.B. über Steuergeschenke wie im Gesetz über die Maquilas. Oder Unternehmen, die Wasserkraftanlagen bauen, erhalten eine Stundung bei der Zahlung von Einkommenssteuern. Diese Privilegien müssen aufhören. Das bedeutet (...), dass die Form, wie sich die Wirtschaft entwickelt, demokratisiert werden muss, weil wir es nicht zulassen können, dass dieses Land zu einer Fabrik der Armen wird. Wir haben da sehr konkrete Ideen. Zum Beispiel eine Abteilung für Nationalen Handel im Wirtschaftsministerium einzurichten. (...)

Wenn Sie diese Privilegien abschaffen, wie wollen Sie dann Auslandsinvestitionen anlocken?

Ein politisch stabiles und rechtsstaatliches Land muss garantieren, dass Auslandsinvestitionen sicher sind. Wir können InvestorInnen nicht sagen "Kommt, aber wir können weder Infrastruktur, Sicherheit und soziale Ruhe garantieren". Wir dürfen aber das Land nicht an Multis verscherbeln, ohne dass wir ihnen Regeln setzen. (...)

Wie werden Sie es mit den Steuern halten?

Guatemala ist das Land mit der geringsten Steuerlast in der Region. Wir wollen uns sofort um einen effizienten Steuerzugang kümmern. Nur über Vereinfachungen werden sich die Steuereinnahmen erhöhen. Und nur dadurch, dass wir beachten, dass es sich dabei um das Geld der Leute handelt, und wir es in Form von Dienstleistungen, Schulen, Infrastruktur und Sicherheit zurückgeben müssen, können wir Vertrauen zurückgewinnen. In den ersten zwei Jahren werden wir nicht von Steuern reden. Aber die Wirtschaft zu demokratisieren bedeutet auch, dass die Reichen mehr zahlen müssen.

Was ist mit dem Haushalt, der mehr auf die Aufrechterhaltung zielt als auf Investitionen?

Beim Haushalt gibt es das Problem, dass da persönliche und Gruppeninteressen hineinspielen. (...) Convergencia fordert einen zehn Jahre umfassenden nationalen Entwicklungsplan, den der Kongress beschliesst. Der Entwicklungsplan ist die Grundlage für die Haushaltsplanung. Im Moment ist es umgekehrt: da kriegen die Ministerien irgendwelche Gelder und dann überlegen sie, was sie damit tun. Das ist unlogisch. Im Moment liegt der Gesamthaushalt bei 87 Mrd. Q (9,785 Mrd. Euro), 80 % davon ist reine Geschäftsführung. Wir müssen auch die Regeln für Auslandsinvestitionen ändern. Wir dürfen nicht mehr für ein Prozent Gewinnabgaben unsere Ressourcen an internationale Konzerne verhökern.

Wie wollen Sie das in einem so zersplitterten Kongress erreichen?

Wir erhoffen uns, 20 oder 25 Abgeordnete zu gewinnen. Und ja, der Kongress ist sehr zersplittert und die Zahl der Fraktionen, die keine ernststen Anliegen haben, ist gross. Der Kongress braucht eine tiefgehende Veränderung in seiner inter-

nen Struktur. Die Privilegien müssen gestrichen werden und der Kongress muss eine Tribüne werden, auf der die Abgeordneten ihre Vorschläge zu den nationalen Problemen dem Volk präsentieren und er muss der Skepsis in der Bevölkerung dadurch begegnen, dass die vorhanden obskuren Interessen offengelegt werden.

Wie ist die Balance zwischen den aktuellen Abgeordneten der Convergencia und denen KandidatInnen?

Wir haben drei Abgeordnete, die aber nicht in den Parteistrukturen aktiv sind. (...) Sie werden nicht wieder kandidieren. Nicht, weil wir unzufrieden mit ihnen wären, sondern weil es so viele Leute gibt, die sich für die Partei engagieren wollen. Wir haben entschieden, ein Rotationsprinzip anzuwenden, d.h. jemand, der ein bestimmtes Thema in den Kongress einbringt, wird in der folgenden Amtsperiode zurücktreten, damit andere Personen sich mit ihren spezifischen Anliegen einbringen können. (...) (...)

Wie sieht Ihr Plan gegen die Korruption aus? Wird CICIG zurückkehren?

(...) Was wir wollen ist ein Dekret, dass die internationale Gemeinschaft bittet, uns zu unterstützen, weil bei uns noch viel Wille fehlt, all diese Strukturen zu entmachten, die die Institutionen infiltrieren. (...)

Was ist Ihre Position zur Todesstrafe?

Das Gewaltproblem lässt sich nicht durch die Todesstrafe lösen. Auch sprechen internationale Menschenrechtsabkommen dagegen. Die, die das fordern, nutzen das Thema nur für Wahlkampfzwecke, für Populismus.

Was sagen Sie zum Thema innere Sicherheit?

Wir müssen da unterscheiden zwischen ‚normaler‘ Kriminalität und organisierter Kriminalität. Die erste Form hat viel mit den mangelnden Perspektiven der Jugend zu tun, d.h. hier müssen wir einerseits mit Arbeitsplätzen gegensteuern, zum anderen muss der Staat Präsenz zeigen, um die Rechte der Gemeinden zu garantieren. Die zweite Form ist komplexer, denn die AuftraggeberInnen dieser kriminellen Handlungen sieht man nicht, entscheiden und kontrollieren aber alles. Hier muss das Innenministerium und müssen zivile Ermittlungen gestärkt werden, gerade auch mit Ermittlungstechnik. Gleiches gilt für die Staatsanwaltschaft, damit diese den RichterInnen überzeugende Beweise liefern können. (...)

PING-PONG

Was fällt ihnen spontan zu den folgenden Begriffen ein?

1. Oberste Wahltribunal (TSE): Ich fordere deren institutionelle Stärkung.
2. Rechte Politik/erInnen: Haben das Land ruiniert.
3. Gesetz über Wahlen und Politische Parteien: Muss entschieden verändert werden, es muss dafür sorgen, dass die besten Männer und Frauen in die öffentlichen Ämter gelangen.
4. Sozialprogramme: Sind als Strategie zur Bekämpfung von Armut und extremer Armut notwendig.
5. Landbesetzungen: Ein ernsthaftes Thema. Es ist keine Straftat, sondern eine Notwendigkeit, weil die wirtschaftlichen Fehler sie hervorrufen.
6. Jimmy Morales: Ein Desaster und eine Tragödie für dieses Land.
7. Inklusion und Gender: Fundamental.
8. Unternehmensverband CACIF: Ein Sektor, der seiner Verantwortung nicht gerecht wird und die Wirtschaft des Landes kontrolliert.
9. Unterernährung: Ein dringend anzugehendes Problem.
10. Arbeit: Ein alltägliches Problem für viele in diesem Land. Bedarf überzeugender Konzepte.
11. Heer: Erfüllt nicht seine verfassungsmäßige Funktion. Wir brauchen eine Diskussion über deren Doktrin und Denken und überhaupt über deren Existenzberechtigung.
12. Nationale zivile Polizei: Muss so gestärkt werden, dass sie professionell für Sicherheit und gegen die organisierte Kriminalität arbeiten kann.
13. USA: Ein Land, mit dem wir im Bündnis sein sollten. Die USA hat aber ein Problem mit der nationalen Sicherheit. Wir müssen Mechanismen zur Frage der Migration entwickeln, die in der Migration nicht als Zwang, sondern als Option gesehen werden.
14. Interner bewaffneter Konflikt: Hat irreparable Schäden verursacht. Wissen über die Wahrheit und die Gerechtigkeit für die Betroffenen der Kriegsverbrechen müssen verbreitet werden.
15. CICIG: Wir brauchen weiterhin die Hilfe der internationalen Gemeinschaft, vor allem bei der Befähigung der nationalen Institutionen.
16. Präventivhaft: Hat eine gewisse Logik. Wir brauchen RichterInnen, die sie in geeigneter Weise anwenden können.
17. Linke: Sollte dieses Land regieren, weil wir klare Forderungen brauchen.
18. Menschenrechte: Wir müssen Stück für Stück deren Respekt durchsetzen, damit sie nicht nur Inhalt von Reden sind.
19. Kongress: Die staatliche Institution mit dem geringsten Ansehen muss sein Wesen wiederfinden. Es muss das offene Gremium für Debatten über wichtige nationale Fragen sein, nicht in Hinterzimmern entscheiden (...).
20. Abtreibung: Ich bin für Abtreibung aus gerechtfertigten Gründen, etwa Vergewaltigung oder wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist. Es muss eine offene, klare und breite Diskussion darüber geben.

Manfredo Marroquín: “Man muss die Regierung den Mafias entreissen”

Guatemala, 2. Mai - Der Kandidat von Gemeinsam für Guatemala (EG) sieht Guatemala international isoliert und wünscht sich eine bessere Wahrnehmung von InvestorInnen.

Warum wollen Sie Präsident werden?

Ich bin jetzt seit 30 Jahren in verschiedenen Organisationen aktiv und sehe wenige Fortschritte in den Bereichen Demokratie und wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Die Parteipolitik hat mich nie angezogen, weil ich das z.T. perverse, korrupte und von Mafias kontrollierte System gut verstanden hatte. Ich bin jetzt in dem Alter, um zu zeigen, dass man das anders machen kann, anders führen kann als üblich.

Sie sagten einmal, dass Thelma Aldana die Präsidentschaftskandidatin der EG hätte sein sollen – mit ihnen als Kandidat für das Vizepräsidentenamt. Gab es da Gespräche?

Ja, es gab da Annäherungen und ich hatte Kontakt mit ihr, als sie noch Staatsanwältin war. Und mit Nineth Montenegro, weil sie eine Abgeordnete war, die offen war für die Themen, die wir angehen wollten. Ursprünglich hatte Aldana mich gefragt, ob ich mit ihr zusammen kandidieren wollte. Aber dann kam es zu einem Bruch, als sie zur Partei SEMILLA wechselte. Da waren die Bedingungen für mich anders und deshalb kandidierte ich nicht mit ihr, sondern wurde Präsidentschaftskandidat von EG.

Was wäre ihre erste Entscheidung als Präsident?

Jene Institutionen zu zerschlagen, die (...) die keinerlei Werte für die Gemeinschaft schaffen. Programme für Millionäre, wie im Fall des Saatgutes im Landwirtschaftsministerium.

Wollen Sie auch die Sozialprogramme beenden?

Die meisten ja. Wir müssen sie abbauen, weil ihnen jegliche Grundlage fehlt, sie müssen zielgerichteter sein, die Auswahl der davon Profitierenden muss klar definiert sein.

Wer würde in Ihrem Kabinett sitzen?

Da gibt es viele gute, professionelle Leute im privaten Sektor und in den sozialen Bewegungen. Ich würde Leute ausserhalb der Parteien einladen, weil ich keine Parteiinteressen als Auswahlkriterium haben möchte. Mindestens die Hälfte müssten Frauen sein. Das verspreche ich.

Werden Sie Zeit lassen, um zu überprüfen, ob sich darunter Leute finden, die Beziehungen zu kriminellen Organisationen oder den Drogenkartellen haben?

Sicher. Aber für die Leute, die ich seit 20 oder 30 Jahren kenne, werden Ermittlungen nicht nötig sein. Dafür lege ich meine Hand ins Feuer. Dass das so ist, wird den Unterschied ausmachen.

Wie fühlt sich die EG nach den Beschuldigungen wegen unangemeldeter Wahlkampfspenden?

Ich kenne den Fall gut und wir beschäftigen uns sehr damit. Bei den Beschuldigungen gegen die Generalsekretärin unserer Partei, Nineth Montenegro, ging es um eine Verwaltungsanordnung. Um speziell Nineth zu schaden, wurde daraus ein Strafverfahren, mit raschem Einspruch gegen die Entscheidung des Gerichts gegen ein Ermittlungsverfahren – ganz anders als in anderen Fällen, in denen es auch Indizien gab.

Wo lag dann der Fehler?

Die CICIG hatte zeitgleich das Verfahren gegen den Präsidenten laufen und wohl gedacht, sie müsste da eine politische Balance herstellen. (...)

Wer finanziert EG?

Das habe ich vorgestern erfragt: Es gibt zwei Finanziers: einer mit 30.000 Q (3.375 Euro), einer mit 70.000 Q (7.873 Euro). Ich habe nicht nach Namen gefragt. Daneben muss jede/r KandidatIn selbst etwas in die Kasse tun.

Wie will EG die Wirtschaft ankurbeln?

Wir wollen dezentrale Investitionen, die in alle Teile des Landes gehen. Die Jugend auf dem Land flieht in Scharen Richtung USA, wir brauchen private Investitionen und einen Staat, der gute Bedingungen für solche schafft.

Wie wollen sie Arbeit unter fairen Bedingungen schaffen?

Jedes Jahr kommen 200.000 Jugendliche auf den Arbeitsmarkt, aber nur 30.000 von ihnen erhalten eine formelle Arbeit, den übrigen bleibt der informelle Markt. Wer 1 Million Arbeitsplätze verspricht, lügt. Was wir brauchen, sind spezielle Wirtschaftszonen, die neue Investitionen anlocken, aber zuvorderst müssen wir gute Bedingungen für Investitionen herstellen und danach die Korruption eindämmen, damit das Land attraktiv wird. (...)

PING-PONG

Was fällt Ihnen spontan zu den folgenden Begriffen ein?

Acción Ciudadana (*BürgerInnenaktion, Organisation, in der Manfredo Marroquín zuletzt aktiv war, d.Red.*): Eine kämpferische Organisation.

Staatsanwaltschaft (MP): Braucht mehr Aktivitäten.

Nationale Vereinigung der Landkreise (ANAM): Ein Gremium mit (viel zu) wenig Ressourcen.

Landkreis-Kodex: Ein Werkzeug für Entwicklung.

Kongress: Das schlechteste Gremium in der nationalen Politik.

Fraktionswechsel: Mittel der traditionellen Form von Politik.

CICIG: Kämpft gegen Korruption, notwendig für das Land.

Berufungskommissionen: Mechanismen, um RichterInnen auszuwählen, gefesselt an Händen und Füßen .

Abtreibung: Dagegen.

Todesstrafe: Dagegen.

Menschenrechte: Das Konzept wurde so verdreht, dass viele glauben, dass der Menschenrechts-Ombudsmann sich der Verteidigung von Verbrechen widmet, aber sie sind jene Rechte, die durch unsere Verfassung geweiht wurden, um uns als Menschen weiterzuentwickeln.

Rechnungshof: Eine Institution, die den Aufgaben, für die sie geschaffen wurde, (leider) nicht dient.

Iván Velásquez: Ein unabhängiger und wertvoller Jurist

Oberstes Wahltribunal: Zuverlässige Institution, Garant der Demokratie in Guatemala.

Wahlbeobachter: Notwendige Partizipation der BürgerInnen im Wahlprozess.

CODECA: Organisation des sozialen Kampfes.

Genozid: Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ebenso wie der Drogenhandel (so die UN). Etwas, das wir hoffentlich in Guatemala nie mehr erleben müssen.

Bewegung Neue Republik [*Linke Sammlungsbewegung, angeführt von Anibal Garcia, die 2011 Rigoberta Menchu als Präsidentschaftskandidatin aufstellte, d.Red.*]: Partei der Vergangenheit, die nicht mehr existiert.

Illegale Wahlkampffinanzierung: Eine allgemein übliche Praxis der Parteienfinanzierung.

Carlos Manuel Pulido [*kolumbianischer Botschafter in Guatemala, der Marroquín schwer beleidigt haben soll, d.Red.*]: Ein in Guatemala nicht erwünschter Botschafter.

(...) Wie wollen sie die organisierte Kriminalität bekämpfen?

Das organisierte Verbrechen wächst weiterhin in Guatemala und das liegt daran, dass die Regierung sie fördert.

Eine anständige Regierung wird damit aufhören. Die zweite Massnahme ist etwas, was in den letzten 20 Jahren keine Regierung angepackt hat, die Professionalisierung der Polizei voranzutreiben. Wir werden als Regierung aufhören, wenn wir nicht auf 14 Morde pro 100.000 EinwohnerInnen kommen, was uns aus der Liste der 10 gewalttätigsten Länder der Welt herausfallen ließe.

... und was tun gegen DrogenhändlerInnen und Erpressungen?

Laut letzter Statistik wird 70% der Erpressungen aus Gefängnissen heraus begangen. Die Regierung, das Innenministerium, die für die Sicherheit der Bevölkerung zuständig sind, lassen sie zu. Die Polizei weiss sehr viel über die Erpressungen, wo sie stattfinden, wer sie begeht, aber alle Regierungen sorgen nicht dafür, sie zu zerschlagen und verdienen stattdessen an der Rendite für die Erpressungen.

Wie wollen Sie die Gefängnisse unter Kontrolle bekommen?

Zwei dringende Massnahmen: Es gibt keine Hochsicherheitstrakte. Es braucht neue Strafvollzugsmodelle, die eine Resozialisierung der wegen geringerer Vergehen Einsitzenden umzusetzen sucht.

Wie sieht Ihre Präventionsarbeit aus?

Die PNC kennt die Orte, wo für die Maras rekrutiert wird. Da muss eine grössere Präsenz da sein, um die Bevölkerung zu schützen. Polizeiarbeit verbunden mit sozialen Projekten, etwa dass die Polizei die Häuser der Familien besucht. Das gibt es bisher nicht.

Welche Rolle spielt das Militär für die Sicherheit des Landes?

Das Militär wird – ähnlich wie die Todesstrafe – als populistische Massnahme in Wahlkampfzeiten genutzt. Es ist aber der falsche Lösungsansatz. Das Militär hat einen klaren Verfassungsauftrag, füllt aber bereits diesen nicht aus, da soll es noch andere Aufgaben übernehmen?

Was Ihre Einstellung im Hinblick auf soziale Konflikte?

Verantwortlich für soziale Konflikte ist der Staat, die aktuelle Regierung und die vergangenen Regierungen. Der Staat muss Lizenzen vergeben, wenn die Mittel für eigene Investitionen erschöpft sind, aber heute ist der Staat ein Lizenzgeber, der alles den Unternehmen und Gemeinden überlässt.

(...)

Beide Interviews aus Prensa Libre.

US-Truppen in Guatemala zur Abwehr von MigrantInnen?

Guatemala/Washington, 4. Juni - Am Wochenende berichtete die Washington Post, dass Manuel Espina, ein Pastor und Botschafter Guatemalas in Washington, die USA gebeten habe, US-SoldatInnen an die Grenze zwischen Mexiko und Guatemala zu entsenden, um den Exodus der MigrantInnen einzudämmen. In der heutigen Kabinettsitzung bestätigte der Verteidigungsminister Guatemalas, Luis Miguel Ralda, dass US-Truppen bereits in Guatemala tätig seien, und zwar in Huhuetenango. „Die Truppen sind schon da, wie bereits in den letzten 15 Jahren auch. Sie beteiligen sich an Programmen wie ‘Starke Wege’ (Fuerter Caminos) und jetzt entwickelt es sich mehr“, sagte Ralda. Sandra Jovel, die Aussenministerin, versicherte, dass diese Truppen „humanitäre Aufgaben haben und ihre Präsenz in Guatemala nur die guten Beziehungen zwischen Guatemala und den USA aufzeigt“. (Nómada)

Guatemalteckische Regierung hat den Pass von Thelma Aldana ungültig gemacht

Guatemala, 4. Juni - Der guatemalteckische Innenminister, Enrique Degenhart, erklärte, dass der guatemalteckische Pass von Thelma Aldana ungültig gemacht wurde, mit dem sie in die USA einreisen können würde. Weiter sagte er: „Interessant finde ich ja, dass wir gehört haben, dass sie mit einem offiziellen Pass in die USA eingereist ist. Das bedeutet aber, dass sie eine neue Anzeige zu erwarten hat - nun wegen der Nutzung eines offiziellen Dokuments, das nicht (mehr) das ihre ist.“

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6